

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
vierteljährlicher Zahlung 2,75 M., durch  
die Post 3,00 M., einschließlich Zustellungs-  
gebühren. Bestellungen werden von allen  
Postämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis  
unter "Saale-Zeitung" eingetragen.  
Für unverlangt eingehende Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Redaktion nur mit Einleitungsanfrage;  
"Saale-Bl." gestattet.

# Saale-Zeitung.

Menschenwürdiger Jahrgang.

Werden die Spaltenpreise oder deren  
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, von anderen Nummernpreisen  
und allen Anzeigen-Preisen ent-  
nommen. Restante die Seite 75 Pfg.  
Erdrückend wünschenswert:  
Sonntags und Montags einmal,  
sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Braubachgasse 17;  
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 79.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 16. Februar

1905.

## Das Schicksal der neuen Handelsverträge.

Die erste Beratung der neuen Handelsverträge im Reichstagsrat ist beendet, die Verträge sind an eine Kommission überwiesen worden. Man kann nicht sagen, daß die Verhandlungen das Interesse der Öffentlichkeit in hohem Grade in Anspruch genommen haben. Sie haben sich nicht gerade viel mit dem Inhalt der Verträge beschäftigt, nur die erste Sitzung nur mit dem Zolltarif, nur das jetzt die agrarische Tendenz noch stärker in den Vordergrund getreten. Zeitweilig konnte man wirklich glauben, im Jura-Bereich und nicht im Deutschen Reichstagsrat zu sein. Von agrarischer Seite wird in der Kommission der Versuch unternommen werden, die Weistums- und Güntigungsfrage anzuführen und das handelspolitische Verhältnis Deutschlands zu den Staaten, mit denen Handelsverträge nicht abgeschlossen sind, insbesondere mit Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien zur Sprache zu bringen. Bis jetzt ist nicht klar hervorgetreten, welche Pläne bei den Agrarpartei in dieser Beziehung bestehen. Die Verhandlungen der Kommission werden demnach darüber Arbeit schaffen. Jedenfalls aber wird versucht werden, den Handelsverkehr auch mit diesen Ländern in schubhelferisch-agrarischen Sinne zu beeinflussen und womöglich das System der Weistumsbegünstigung überhaupt zu beseitigen.

Das Ergebnis der Kommissionsberatung wird abzuwarten sein, die endgültige Stellung zu den neuen Verträgen genommen werden kann. Die Frage, ob der entschiedene Liberalismus annehmen oder ablehnen soll, wird gegenwärtig vielfach erörtert, zumeist mit mehr Eifer und Leidenschaft als mit ruhiger und ruhiger Beurteilung der in Betracht kommenden Verhältnisse. Auch auf dem Parteitag der Freiwirtschaftler hat diese Frage bekanntlich den Hauptgegenstand der Verhandlungen gebildet. Es ist selbstverständlich, daß die in den neuen Handelsverträgen enthaltenen Zollsätze, insbesondere die Karottensätze, den entschiedenen liberalen Parteien nicht gefallen. Der Zolltarif, der die Grundlage der neuen Handelsverträge bildet, hat die Linke nachdrücklich bekämpft.

Aber der Zolltarif ist Gesetz geworden; diese Tatsache ist nicht zu ändern und darf nicht unbeachtet bleiben. Allerdings ist der Zolltarif noch nicht in Kraft getreten, aber die Linke des Reichstags hat kein Mittel, um zu verhindern, daß er in Kraft gesetzt wird, falls die Handelsverträge im Reichstag nicht angenommen werden sollten. Daraus unzutreffend ist die Darstellung, als ob die Linke durch die neuen Handelsverträge erhöht werden. Kein Handelsvertrag an sich ist imstande, irgend welche Zoll-erhöhungen herbeizuführen, denn in einem solchen Verträge verpflichten sich die Kontrahenten nur, ihre Zölle nicht über einen gewissen Betrag hinaus zu erhöhen, sie behalten dagegen freie Hand, ihre Zölle unter diesem Betrag nach Gutdünken zu gestalten, zu erniedrigen und selbst anzuhöhen. Kommen die Handelsverträge nicht zustande, dann verbleibt es bei den Sätzen des autonomen Zolltarifs im September 1902 genehmigten Zolltarifs. Dieser aber enthält wesentlich höhere Zölle, sowohl für Industrie-erzeugnisse wie für Agrarprodukte, für Roggen z. B. 7 M., für Weizen 7,50 M. Selbst wenn die Regierung im Gegen-satz zur Reichstagsmehrheit und im Widerspruch mit ihrer ganzen bisherigen Haltung den neuen Tarif preisgeben wollte, so würde mit Erlöschen der geltenden Handelsverträge der bisherige Generaltarif wieder in Kraft treten, der seit 1897 ebenfalls höhere Sätze (3 M. für Roggen und Weizen) vorsehreibt. Mehrheit wie mit dem Getreidezoll verhält es sich auch mit anderen Tarifgängen.

Man sucht man, um die Forderung nach Ablehnung der Verträge zu begründen, glauben zu machen, es würde, wenn die neuen Verträge scheitern, einfach eine Verlängerung der alten erfolgen. Das ist eine ganz vage und nach Lage der Dinge überaus naive Annahme. Die Regierung ist agrarisch, die Reichstagsmehrheit ist agrarisch, beide sind einzig in dem Bestreben, möglichst hohe Schutzzölle herauszuschlagen und beide sind stolz auf den Triumph ihrer wirtschaftlichen Theorien in den neuen Handelsverträgen — man da wirklich im Ernst die Behauptung aufstellen, daß es bei den Agrarpartei Verträgen verbleibt, wenn die liberalen Verträge nicht zustande kommen? Das ist der Gedankengang eines Spielers, aber nicht der eines Politikers.

Aber selbst angenommen, dieser Fall trat endlich ein, so hängt die Aufrechterhaltung der geltenden Verträge doch nicht allein von dem Willen der deutschen Regierung ab, das Recht, die Verträge zu kündigen, steht auch der Regierung jedes der Vertragsstaaten im gleichen Augenblick zu. Von einer Sicherheit der handelspolitischen Entwicklung wird keine Rede sein. Dieser ist es jedenfalls, an dem System der Handelsverträge festzuhalten, als offen den Handelskrieg zu proklamieren.

## Deutsches Reich.

Bot- und Personalnachrichten.

Ein Kaiserbesuch in Polen ist für den Monat August dieses Jahres in Aussicht genommen. Der Monarch beabsichtigt, den für diesen Monat in dortiger Gegend geplanten Besuchen der Kavallerie-Division D. beizubehalten und bei dieser Gelegenheit das für das neue Kaiserlich am

Berliner Tor in Polen vorgesehene Gelände zu beschließen und seine Einweihung bezüglich des Vortzes zu treffen.  
— Grafenrat Leopold von Lippe ist am Montag vor-  
mittags, wie die "Lipp. Tagesztg." zu melden weiß, mit dem  
Zug 10.30 Uhr nach Berlin abgereist. Er teilt infolgedessen  
unter dem Namen eines Grafen von Schwabenberg und ist mit  
von einem Diener begleitet. Die Heile gilt, wie das Blatt be-  
hauptet, einem Besuche des Reichspräsidenten.  
— Fürst Ferdinand von Wulkarsien begab sich gestern  
mittags zwei Uhr von Lubowitz nach Berlin.

## Der Deutsche Handelsrat erklärt sich für Annahme der Handelsverträge.

Der Deutsche Handelsrat wurde gestern in Berlin eröffnet. Staatssekretär Graf Bismarck und Minister Müller waren nicht erschienen. Dem Handelsrat wurde folgende vom Ausschuss des Handelsrates eingebrachte Resolution unterbreitet:

"Seit Jahren haben Industrie und Handel mit Spannung darauf gewartet, ob es ihnen gelingen würde, mit Belgien, Italien, Österreich-Ungarn, Rumänien, Norwegen, der Schweiz und Serbien neue Handelsverträge abzuschließen. Wir haben diesen Wunsch nicht behalten, die dies mit Rücksicht auf die Ausgestaltung der deutschen Zolltarife durch das Gesetz vom 25. Dezember 1902 erhalten hat, für unzulässig erklärt. Wenn schließlich doch mit großer Mühe das Bestzustande gekommen ist, so entspricht das Ergebnis nicht den Anforderungen, die man an gute Handelsverträge stellen muß, und gibt den Deutschen Handelsrat Veranlassung, seine lebhafteste Zustimmung zu äußern.  
Daß überhaupt neue Handelsverträge geschlossen wurden, ist gewiß in der Hinsicht, die Interessen von Industrie und Handel zu fördern, erheben. Für die Ausgestaltung der Verträge sind aber diese Interessen zurückgesetzt worden hinter dem Streben, die deutschen Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse so hoch wie möglich zu halten. Dies Erzeugnisse ist die Ursache für den schlechten Verlauf der Handelsverträge, und kein Durchbruch ist möglich. Die Industrie und Handel sind in doppelter Weise, indem nicht nur das Ausland und Zollernormen, die es uns hundertmal höher werden, bereitwillig, sondern auch die Verträge des Handelsrat erwünscht sind, der Lebensunterhalt und die Produktionsbedingungen eine Wertenerkung erfahren.  
Allerdings ist in den allgemeinen Bestimmungen der Verträge manche Verbesserungen erzielt, und auch die Ermäßigung einer Reihe von fremden Zöllen ist als Geste der Freundschaft unserer Industrie anzuerkennen. Indessen bleiben in jenen Bestimmungen noch viele Mängel unerfüllt, und das Hauptergebnis ist, daß unsere Industrie für einen jährlichen Betrag von Hunderten von Millionen Mark mit erhöhten zum Teil fast erhöhten Zöllen belastet wird. Der Deutsche Handelsrat hat, a) ob es zugeht, daß trotz aller Mühseligkeit und aller Geldes, die Industrie und Handel sicher aufzuheben werden, um die Lücken der neuen Verhältnisse zu überbrücken, es doch in vielen Fällen nicht gelingen wird, die deutsche Industrie auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Sollte sich hieraus für einzelne Teile der Industrie die Notwendigkeit ergeben, noch mehr als schon jetzt im Ausland eigene Betriebe zu errichten, so würde dies zu einer dauernden und empfindlichen Schwächung des Nationalwohlstandes führen.  
Wenn sich gleichwohl der Deutsche Handelsrat für die Annahme der neuen Handelsverträge durch den Reichstag aus-  
spricht, so geschieht es lediglich deshalb, weil die Verträge wenigstens einen Teil des Verkehrs mit den freien Vertrags-  
staaten für zwei Jahre in Einklang mit dem eigenen Interesse  
erzucht es sich, daß die Ablehnung eine noch weiter  
gehende Verschlechterung der Verhältnisse zur Folge haben  
würde.  
Für die demnach mit anderen als den genannten  
Staaten anzuschließenden Handelsverträge, die als Tarifverträge  
mit gegenseitiger Gewährung der Weistumsbegünstigung ab-  
zuschließen sind, wird die Regierung ersucht, die Verhandlungen,  
die ihre Interessen besser als bisher gewahrt werden  
können."

Nach einem Bericht des Generalsekretärs Seeböer (Berlin) beantragt im Sinne der Resolution Reichstagsabgeordneter Seeböer (Hildesheim), den vorliegenden Entwurf der Resolution zu beschließen. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 215 gegen 60 Stimmen abgelehnt und dann die Resolution unverändert angenommen.  
Nach längerer Beratung wurde ferner ein Antrag des Geheimrats Michael (Mainz) angenommen. Lautend: Der Handelsrat spricht sich dagegen aus, daß in Preußen betr. Abgaben auf fiktiven Nachtrag getroffen werden, die den Bestimmungen der Reichsverfassung und der Staatsverträge zuwiderlaufen; er erklärt sich auch dagegen, daß Bestimmungen wie von der preussischen Regierung erwogen und geändert werden, um die Erhebung von Schiffahrtsgabebenen in einem weiteren Umfang als bisher zu gestatten.  
Der Handelsrat nahm ferner einen Antrag Dr. Gerschel (Berlin) an, wonach ein Verbot, welches im Falle von Lebensversicherung eine gerichtliche Zwangsverteilung außerhalb des Kreislaufes und zur Abwendung des Konkurses ermöglicht, als zwingendes Bedürfnis erklärt wird.  
Im weiteren Verlaufe nahm der Handelsrat einen Antrag Wegert an, der sein Bedauern darüber ausdrückt, daß in der Kanalvorlage die Bestimmung aufgenommen ist, daß auf dem Kanale vom Rhein zur West auf Anstöße nach Hannover, auf dem Düsselkanal, sowie auf den Westfälischen der Schleppebetrieb einzurichten ist. Falls der Entwurf Gesetz werde, sei zur Milderung der üblen Folgen zu fordern, daß 1. das Schleppeprivileg nicht zu vollständigen Verkehrsmonopolen führt; 2. das Monopoll nicht auf andere Straßen ausdehnt; 3. die Genehmigung zum Befahren der dem Schleppeprivileg unterworfenen Wasserstraßen durch Schiffe mit eigener Kraft erteilt wird; 4. die Schleppegebühren nicht nach fiktionalen Gewichtsleistungen oder einheitlicher Interessenpolitik bemessen, sondern daß sich eine angemessene Vergütung und Tilgung für die Aufwendungen ergebe.

## Die Reichstagskommission für die Handelsverträge

begann gestern um 10 Uhr ihre Verhandlungen. Zunächst stand der Vertrag mit Belgien zur Verhandlung. In der Verhandlung Gegenüber der Kommission, daß die Bestimmungen des Vertrages durch die Parlamente Österreichs und Ungarns nicht geändert ist, bemerkte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Fürst von Moltke, dem v. T. zufolge, es sei kein Anlaß, irgendwas davon zu zweifeln, daß der Vertrag den Bestimmungen in Österreich und Ungarn zur Verbindlichkeit vorgelegt werden wird. Wie sich sein Schicksal dort behalte, darüber ließe sich mit absoluter Sicherheit nicht sagen, wie ja auch hinsichtlich der übrigen parlamentarischen Beratung unterliegenden Verträge eine feste Zusage nicht gegeben werden könne.

Auf die Frage des Abg. Götze, ob auch im Fall einer Zolltrennung zwischen Belgien und Ungarn die Annahme des Vertrages gesichert sei, erwidert der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: Für den Fall, daß die Konzentration in Österreich oder Ungarn unterbleiben sollte, würden sich dieselben Konsequenzen ergeben, als wenn ein anderer Staat für einen Vertrag nicht die parlamentarische Genehmigung erteilt. Die parlamentarische Genehmigung ist das mit kontrahierende Rechtssubjekt.

Gegenüber Aufstellungen der Abg. Singer und Götze, daß Deutschland sich durch die Annahme des Vertrages im Reichstagsrat, während von der anderen Seite eine solche Bindung nicht bestehe, weil der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes darauf hin, daß eine Bindung erst durch die Annahme der Ratifikationsbedingungen erfolge, und förmliche Beziehungen in auch sonst bestehen. So habe sich vorbestimmte der Ratifikation ausgedrückt, das sein Parlament hat, bereits mit dem Tage der Unterzeichnung gebunden, während bei uns erst die parlamentarische Verhandlung erfolgen müsse.

Auf eine Frage des Abg. Seeböer, ob die Bindung des Reichstags durch den Ratifikationsvertrag zu erfolgen werde, erklärt der Staatssekretär, die Bindung werde sehr viel früher, nämlich bei der Aufhebung der Ratifikationen des neuen Vertrages mit Aufhebung, erfolgen. Wenn dieser Termin erreicht sei, werde die Situation sofort geklärt sein, daß die Bindung für den Fall des Nichtzustandekommens des neuen Vertrages erlangen könne. Abg. Götze bittet um Auskunft, ob bei einer Ablehnung des Vertrages durch den Reichstag der alte Vertrag weiterlaufen oder der autonome Tarif in Wirksamkeit gesetzt werden soll?

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes erwidert, daß die verbindlichen Bestimmungen mit Sicherheit feststehen, mit einer solchen Gewissheit nicht rechnen zu sollen. Sollte aber wider alles Erwarten einer der freien Verträge die Genehmigung des Reichstags nicht finden, so müßten sich für diesen Fall die verbindlichen Bestimmungen über die Einsetzung eines Vorkomitees vorbereiten.  
Auf mehrere Anfragen erklärte Staatssekretär Graf Bismarck, er wolle keineswegs darüber lassen, daß mit der Suche nach den Bestimmungen der Handelsverträge liegen und fallen. Er möchte hieran Aufstellungen über die Vorteile, welche die Konvention biete und legte dar, daß man bei geeigneter Anwendung der Konventionsbestimmungen ohne Sorge um den Weltstand sein könne. Hieran wurde die Sitzung am Donnerstag vertagt.

## Die akademische Freiheit.

Die Antwort des Kaisers auf das Subjunktions-Telegramm der Akademiker, die dem Leiter der am Donnerstag voriger Woche abgehaltenen großen Akademiker-Versammlung, Oberminister von Bode, durch den Kultusminister übermittelt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 12. Februar 1905.  
Seine Majestät der Kaiser und Königin haben allergnädigst mich ermächtigt, den 1200 alten und jungen Akademikern, welche am 9. d. M. in Hannover versammelt waren, Allerhöchsten Seiten Dank für das Subjunktions-Telegramm zu übermitteln und die Versicherung zu erteilen, daß sie sich wegen des Schutzes der wahren und richtig verstandenen "Akademischen Freiheit" keine Sorge zu machen brauchen.  
Indem ich diesem Allerhöchsten Auftrag hierdurch nachkomme, gebe ich zugleich meiner Verleibung darüber Ausdruck, daß es an der dortigen Technischen Hochschule den vereinten Bemühungen aller Beteiligten gelungen ist, das altbewährte Vertrauensverhältnis zwischen dem Lehrkörper und den Studierenden von neuem zu festigen.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizin-Angelegenheiten, Studt.  
Die Protestversammlung der Württembergischen Studenten gegen die Abschaffung der akademischen Freiheit ist durch das Rektorat verboten worden.  
Zwischenfall.  
Nach Meldung des Generals v. Troth markierte Major v. Nilsenfeld mit den vereinigten Abteilungen v. Grotz und v. H. heute am 31. Jan. von Grotz ab und erreichte am 2. Febr. nachmittags den Wasserplatz Traugottis und Wilhelm Babaross, 40 Kilometer südlich von Kassel. Es gelang dem Generals, zu entkommen. Nur Babaross, General von Dörfel ergriff sich mit 17 Gewehren und 60 Stück Vieh. Eine am 3. Febr. 5 Uhr morgens ausgehende Besatzungsteilung ließ nur noch am Nachzügler. Am 4. Febr. 5 Uhr morgens hörte sie Gewehrfeuer, ritt darauf los und gewann Verbindung mit der Abteilung des Leutnants Gynal. Dieser hatte gerade mit der Besatzung von Daß und einem Zug der 3. Kompanie des Regiments 2 mehrere Herzerowitzer 20 Kilometer nördlich von Daß überfallen, darunter auch die Württembergischen Gefolgten. Vom Feind fielen etwa 62 Mann, 27 Stück Vieh und mehrere Pferde wurden erbeutet. Der Feind floh nach Osten. Ob Traugottis und Wilhelm Babaross bereits die Grenze überschritten haben, will festgestellt werden.

Major von der Gedebe manövrierte am 9. Februar von der Westseite 40 Kilometer südlich Rastenburg nach Ostpreußen...

Parlamentarisches

— Staatssekretär v. Tilly erklärte gestern in der Bundestagung...

— Der Reichstag verabschiedete in Hof wird gemeldet: Bis Mittwoch mittags 1 Uhr sind gewählt: für den Reichstag...

Parteiangelegenheiten

— Die Landesversammlung der Freikämpfer Partei in Baden beschloß einstimmig, sich anzuschließen...

Preussischer Landtag

(Eigener Bericht der „Sonder-Zeitung“)

Abgordnungsanhalt

140. Sitzung vom 15. Febr. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Hammerstein u. a. Zunächst wird ein Antrag der Sozialdemokratischen Kommission...

Sodann legt das Haus die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Das Herrenhaus hat Mittwoch nachmittags um 2 Uhr in einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen neben der Wahl eines Schriftführers an Stelle des verstorbenen Dr. Giese...

Ausland

Englisches Parlament

Am englischen Oberhaus erklärte Lord Lansdowne weiter: Ein einziger Mal sei England augenblicklich nahe daran gewesen, in den Krieg zu strahlen...

Die dritte Gesandtschaft wurde gestern von seinem Auslaufen in Aktion vom Grafen von...

Der Berichterstatter und Gewissmann der „Morning Post“ in Shanghai teilt mit, daß der russische Gesandte...

Die Mobilisierung in Ostpreußen. Nach Meldungen Bremer Blätter ist die Mobilisierung in Warchau und Lodz am 27. d. Mts. befohlen worden.

Sonstige Meldungen. Der „Daily Telegraph“ meldet unter 14. d. Mts. aus Shanghai, daß Japaner...

Belgien. Die belgische Königskrone trägt ihren inneren Zwang in der Pariser Presse aus.

Spanien. Der Direktor der Zeitung „Los“ wurde wegen Verleumdung und Verleumdung des Grafen von...

Großbritannien. In London verlor Herr Lee wegen seiner Rede in Commons und deren Folgen angefordert werden, seine Entlassung einzureichen.

Kunst und Wissenschaft. Am Schlußtag der Opernspiele in Berlin ging gestern abend zum ersten Male die Oper „Die Räuber“...

General Trepow. Die Petersburger Reichsminister des „Standards“ und „Daily Telegraph“...

Studentenstreik in Tomsk. Die Petersburger Reichsminister des „Standards“ und „Daily Telegraph“...

16 Gymnasien geschlossen. Der Petersburger Reichsminister des „Standards“ und „Daily Telegraph“...

Alexander Reformen. Montag fand in Petersburg eine Sitzung des Ministerkabinetts statt, in der die Beratung der Frage der Behandlung...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

und der Erlaubnis zur Einführung neuer Kassen für die...

In einem Beschlusse unter Vorsitz des russischen Sanktions...

In den meisten Fällen ist Lobz wohl nun wieder angeordnet.

Der Krieg in Ostasien

Die Russen haben, wie aus Tokio telegraphisch wird, die...

Die gemeldete umfassende Bewegung der russischen Kavallerie...

Die Errichtung von Verteidigungsstellungen bei Tsingtau ist...

Das dritte Geschwader wurde gestern von seinem Auslaufen...

Der Berichterstatter und Gewissmann der „Morning Post“...

Die Mobilisierung in Ostpreußen. Nach Meldungen Bremer Blätter...

Sonstige Meldungen. Der „Daily Telegraph“ meldet unter 14. d. Mts....

Belgien. Die belgische Königskrone trägt ihren inneren Zwang...

Spanien. Der Direktor der Zeitung „Los“ wurde wegen Verleumdung...

Großbritannien. In London verlor Herr Lee wegen seiner Rede...

Kunst und Wissenschaft. Am Schlußtag der Opernspiele in Berlin...

General Trepow. Die Petersburger Reichsminister des „Standards“...

Studentenstreik in Tomsk. Die Petersburger Reichsminister des „Standards“...

16 Gymnasien geschlossen. Der Petersburger Reichsminister des „Standards“...

Alexander Reformen. Montag fand in Petersburg eine Sitzung...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...

Abg. Fickler (fr. Vog.) bemerkt, die hypothetische Ausübung des Wahlrechts...





